

Auszug aus der Sportordnung

§ 17 Sperre

17.1

Die Startberechtigung zu Wettkämpfen kann für eine bestimmte Zeitdauer oder dauerhaft entzogen werden (Sperre).

17.2

Eine Sperre kann gegen einen Athleten in folgenden Fällen ausgesprochen werden:

- a. Verletzung der Satzung oder einer der Ordnungen der DTU.
- b. Grobes unsportliches Verhalten in und außerhalb von Wettkämpfen. Grobes unsportliches Verhalten liegt in der Regel vor bei Beschimpfungen, Beleidigungen jegliche Belästigung mit sexuellem Bezug und/oder tätlichen Angriffen gegenüber bzw. auf Wettkampfteilnehmende, Angehörige des Wettkampfgerichts, Offizielle oder sonstige an einem Wettkampf beteiligte Personen.
- c. Start bei einem Wettkampf ohne Startberechtigung.
- d. Falschangaben in Bezug auf die Angabe des Namens, des Vornamens, des Geschlechts, des Alters und/oder des Geburtstages im Rahmen der Beantragung eines DTU-Startpasses oder in der Meldung zu einem Wettkampf. Auf Antrag eines Vereins kann ein Landesverband auch eine Sperre aussprechen, sofern bei der Angabe des Vereins falsche oder ergänzende Angaben gemacht wurden. Antragsberechtigt ist der Verein, dem die Person angehört, die die Angabe vornimmt.
- e. Verstoß gegen die Wechselbestimmungen.
- f. **Start durch DTU-Startpass Inhabende bei einem nicht durch die DTU oder einen der Landesverbände genehmigten Wettkampf.**

17.3

Im Fall eines Verstoßes gegen das Dopingverbot findet der ADC Anwendung.

17.4

Ist eine Sperre ausgesprochen, ist während der festgesetzten Zeitdauer der Sperre eine Startberechtigung i.S.v. § 40 dieser SpO ausgeschlossen. Für diesen Zeitraum wird der Startpass entzogen und sämtliche sonstige Berechtigungen, wie z.B. eine etwaige Kaderzugehörigkeit, stehen nicht zu.

17.5

Die Zeitdauer einer befristeten Sperre beträgt im Mindestmaß zwei Wochen und darf im Höchstmaß zwei Jahre nicht überschreiten. Die Sperre kann zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn zu erwarten ist, dass schon von ihrer Anordnung eine ausreichende Wirkung ausgeht. Die Bewährungsfrist darf nicht länger als zwei Jahre dauern. Die Bewährung soll widerrufen werden, wenn erneut ein Verstoß i.S.v. § 17.2 begangen wird.

17.6

Bei der Festsetzung der Zeitdauer der Sperre ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Die festgesetzte Zeitdauer der Sperre muss in einem angemessenen Verhältnis zu dem sanktions-würdigen Verhalten stehen. Dabei sind die Schwere des Verstoßes und das Maß des Verschuldens zu berücksichtigen.